

## Ausbildungsplatzverluste durch Arbeitszeitverlängerung ? Betrachtungen am Beispiel des Öffentlichen Dienstes

Diskussionen um die Verlängerung der Wochenarbeitszeit werden auf der politischen Ebene über weite Strecken mit wenig Sachverstand geführt. Dass eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit die Wirtschaft wieder in Schwung bringe, und das für eine Belebung der Binnenkonjunktur notwendige Vertrauen in der Bevölkerung schaffe, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Wunschdenken.

Eine generelle Verlängerung der Wochenarbeitszeit kann sogar die Problematik auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt verschärfen, und zu Ausbildungsplatzverlusten führen.

### Mit längerer Beschäftigungszeit aus der Beschäftigungskrise?

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat mit seiner Studie unter dem Titel: "Mit längerer Beschäftigungszeit aus der Beschäftigungskrise?" Forschungsergebnisse vorgelegt, die eine Verschärfung der Arbeitsmarktkrise erwarten lassen.

In seinem Forschungsbericht Nr. 5/2004 weist das IAB auf die zahlreichen Risiken hin, die aus einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit resultieren: So würde zum Beispiel eine Arbeitszeitverlängerung im Falle einer konjunkturellen Belebung den Einstellungsdruck auf Unternehmen verringern.

Eine aus der Arbeitszeitverlängerung eventuell zu erwartende Arbeitsplatzsicherung würde zu Lasten von Arbeitsuchenden gehen, da es zu weniger Neueinstellungen kommen würde.

So äußerten drei Viertel der vom IAB befragten Betriebe die Erwartung, bei einer Arbeitszeitverlängerung von rund zwei Stunden wöchentlich auch in Zukunft etwa gleich viel Personal zu beschäftigen wie bisher.

Für Betriebe in den neuen Bundesländern sei eine generelle Arbeitszeitverlängerung zudem von vorn herein von geringem Interesse, weil dort die Regelarbeitszeiten bereits ohnehin länger sind als im Westen. Gerade der Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern zeigt, dass von einer Arbeitszeitverlängerung keine positiven Impulse ausgehen.

### Negativbeispiel Öffentlicher Dienst

Im Öffentlichen Dienst könne die Verlängerung der Arbeitszeit sogar dazu genutzt werden, Arbeitsplätze abzubauen, sagen die Arbeitsmarktforscher in ihrem Gutachten.

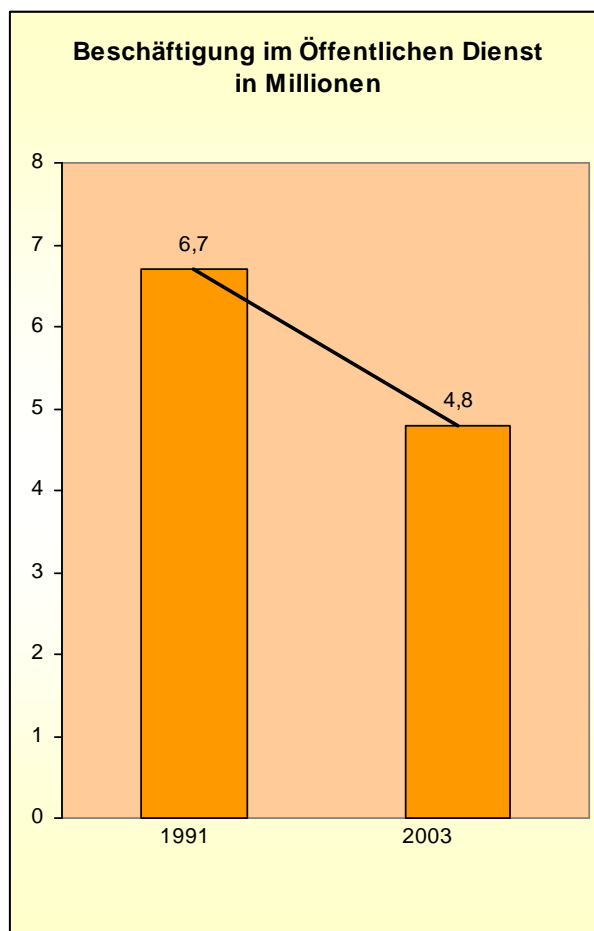
Und bei genauer Betrachtung der Entwicklung des Arbeitsmarktsektors "Öffentlicher Dienst" findet sich genau diese Annahme bestätigt.

In weiten Bereichen des Öffentlichen Dienstes wird bereits seit einigen Jahren die Arbeitszeit je nach Bundesland auf 40 oder gar 42 Stunden pro Woche verlängert.

So verkündet zum Beispiel das Land Niedersachsen jetzt nach der Wiedereinführung der 40 Stundenwoche unter dem Etikett der Verwaltungsmodernisierung einen drastischen Personalabbau in der Größenordnung von 6743 Stellen.

(„Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen“; Homepage der Landesregierung; Stand 08.11.2004;  
URL: [http://www.niedersachsen.de/master/C3249655\\_N2194898\\_I522\\_L20\\_DO.html](http://www.niedersachsen.de/master/C3249655_N2194898_I522_L20_DO.html) )

Ein Blick in die Beschäftigungsstatistik für den Öffentlichen Dienst zeigt denn auch, dass die Arbeitsplatzvernichtung im gesamten Bereich des Öffentlichen Dienstes bereits in vollem Gange ist:



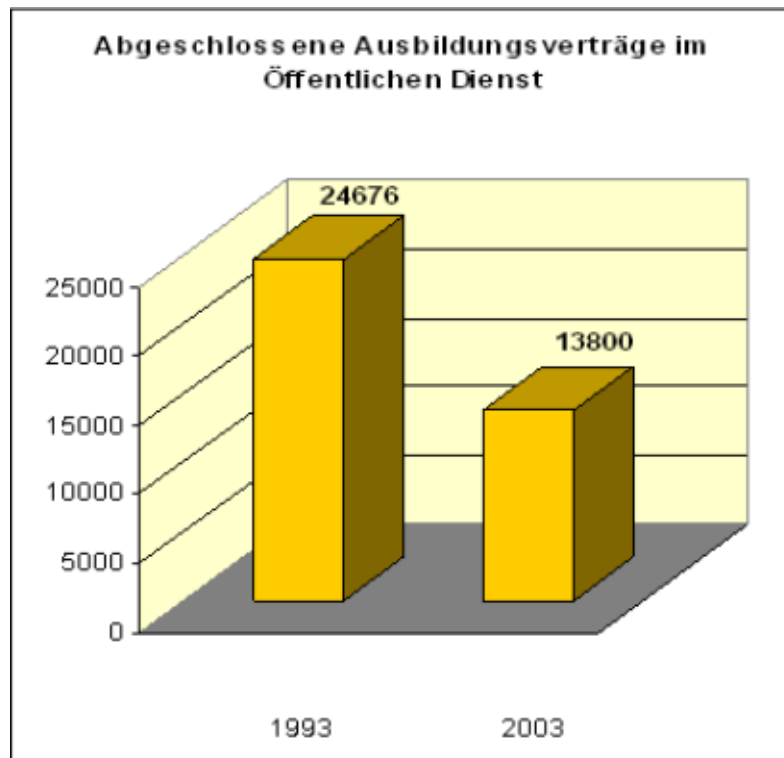
Quelle: Statistisches Bundesamt „Datenreport 2004“

Grafik: Wollersheim

### Vernichtung von Ausbildungsplätzen

Mit der Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst, und der damit einhergehenden Arbeitsplatzvernichtung korrespondiert auch der Abbau von Ausbildungsplätzen im Öffentlichen Dienst.

Die Ausbildungsstatistik für den Bereich des Öffentlichen Dienstes zeigt das sehr deutlich:



Quelle: Bundesagentur für Arbeit/Bundesinstitut für Berufsbildung:  
„Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt 1993 bis 2003“  
Grafik: Wollersheim

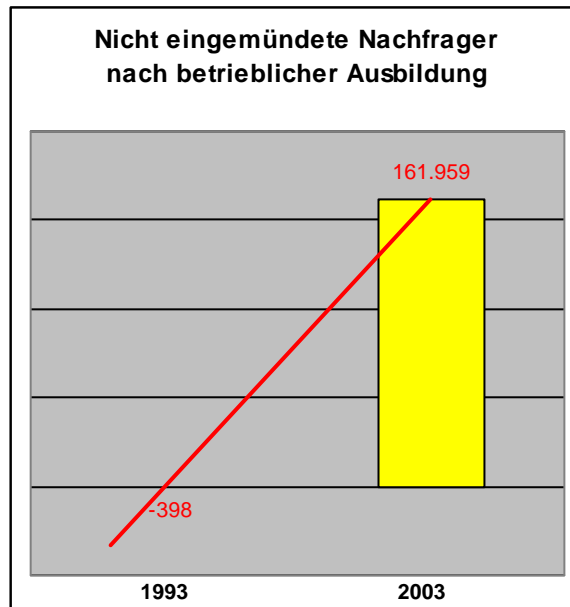
Die Analogie der Entwicklung auf dem Ausbildungssektor hat denn auch eine einfache Logik: Dort, wo weniger Personal eingesetzt werden soll, wird auch entsprechend weniger Fachpersonal ausgebildet.

„Kein Nachschub nach Nürnberg“ hatte Peter Hartz in „Moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt“ (Seite 140) gefordert. Das Gegenteil dürfte der Fall sein:

Aufgrund des inzwischen auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen rückläufigen Angebotes an Ausbildungsplätzen ist die Zahl der bei der Berufsberatung der Agentur für Arbeit gemeldeten Jugendlichen, die nicht in eine betriebliche Ausbildung einmünden konnten drastisch angestiegen:

1993 waren bei den Arbeitsämtern 569.722 Jugendliche als Ausbildungssuchende gemeldet. Das waren 398 Jugendliche weniger, als tatsächlich in eine Ausbildung einmündeten.

2003 waren 719.571 Jugendliche als Ausbildungssuchende bei den Berufsberatungen der Arbeitsagenturen registriert, von denen 161.959 nicht in eine betriebliche Berufsausbildung einmünden konnten.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit/ Bundesinstitut für Berufsbildung  
„Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt 1993 bis 2003“  
Grafik: Wollersheim

Für diese Entwicklung ist natürlich nicht alleine die Arbeitszeitverlängerung verantwortlich.

Dass aber Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in Deutschland die zum Teil demografisch bedingte, wachsende Nachfrage nach betrieblicher Berufsausbildung nicht befriedigen konnten, hängt auch damit zusammen dass durch allgemeine Arbeitszeitverlängerung der Druck auf die Betriebe schwindet, qualifiziertes Personal auszubilden.